

MANIFEST

Zur Kommunalwahl in Köln am 26. September 2004

Wählt wild und gefährlich! Ökologische Linke

Wir treten gegen diejenigen an, die Menschen ausbeuten, sie mit Stress, Arbeits-hetze, Erniedrigung, Lärm und Arbeitsplatzgiften fertig machen. Wir wissen, dass die Stadt Köln den Kapitalismus, diese menschen- und naturvernichtende Produktionsweise, nicht allein abschaffen kann.

Aber die Stadt darf nicht – z. B. mit einer viel zu niedrigen Gewerbesteuer – das Kapital, die großen Konzerne und Banken subventionieren, während den Geringverdienenden und Armen in dieser Stadt jeder Genuss missgönnt, der Zugang zu kulturellen und Bildungsmöglichkeiten verwehrt und materielle Sicherheit verweigert wird.

1

Die Ökologische Linke beteiligt sich mit KandidatInnen in allen 45 Kölner Wahlkreisen und mit einer kölnweiten Liste und Listen für die Stadtbezirke Innenstadt, Ehrenfeld, Nippes und Mülheim an dieser Kommunalwahl. Von den 45 KandidatInnen sind 24 Frauen. Ein antipatriarchales Grundverständnis ist für uns selbstverständlich.

Wir kommen rein!
Die 5-Prozent-Hürde wurde abgeschafft.
Jede Stimme zählt!

Was viele nicht wissen:
Es dürfen alle KölnerInnen ab 16 und alle EU-BürgerInnen wählen.

2

Wir stehen gegen die, die SozialhilfeempfängerInnen demütigen, Arbeitslose zwangsmobilisieren, Wohnsitzlose erfrieren und alte, kranke Menschen in der Sommerhitze umkommen lassen.

Wir wollen Natur in der Stadt. Natur ist ein Erlebnisraum. In städtischer Natur kann mensch spielen, sich erholen, genießen, Neugier entwickeln.

Ebenso kämpfen wir für eine korruptionsfreie, ökologische Müllverwertung ohne die Dioxinschleuder Müllverbrennung. Wir sind bedingungslos für eine Energieversorgung ohne Atomstrom.

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Linke emanzipatorische Kommunalpolitik bedeutet auch: Köln zu entmilitarisieren.

Gegen die »Hochkultur« der Kölner Mächtigen und der Schickeria setzen wir eine Kultur von unten.

Wir wollen keine Polizeifestung Köln, sondern eine offene Stadt.

Wir kandidieren, weil wir vieles in dieser Stadt satt haben: Die Zerstörung von Natur und Gesundheit, Armut und Ausbeutung, Korruption, Rassismus und Antisemitismus.

Viele KölnerInnen, darunter immer mehr Kinder und Jugendliche, leben am Existenzminimum. **Wir stehen gegen die, die SozialhilfeempfängerInnen demütigen, Arbeitslose zwangsmobilisieren, Wohnsitzlose erfrieren und alte, kranke Menschen in der Sommerhitze umkommen lassen.** Und wir stehen gegen die, die mit Überwachung und Law-and-order-Politik gegen Arme, Junkies, Linke und AusländerInnen die letzten Krümel Demokratie zertreten. Auch unter einer CDU/Grünen-Stadtregerung jagt die Polizei sozial schwache Menschen – Wohnsitzlose, BettlerInnen und Drogenabhängige. Die Verhältnisse, die Armut und Hoffnungslosigkeit hervorbringen, müssen bekämpft werden, nicht ihre Opfer!

Egal wer regiert – CDU, SPD, Grüne, FDP oder PDS – alle sortieren Alte, Kranke und behinderte Menschen brutal aus; Frauenhäuser und Hilfen für Mädchen werden finanziell ausgetrocknet; Jugendliche, SchülerInnen und Studierende müssen teuer für ihre Ausbildung blechen. Viele von ihnen werden nie einen Arbeitsplatz bekommen. Lohnabhängig Arbeitende sollen bis zur Erschöpfung schufteten. Immer mehr, insbeson-

Menschen- und umweltfreundliche öffentliche Nahverkehrsmittel dürfen die Luft nicht mit Benzol und anderen chemischen Giftstoffen verseuchen. **Ebenso kämpfen wir für eine korruptionsfreie, ökologische Müllverwertung ohne die Dioxinschleuder Müllverbrennung. Wir sind bedingungslos für eine Energieversorgung ohne Atomstrom.** Die Kommune soll selbst entscheiden, dass sie endlich erneuerbare Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasser nutzen will!

KölnerInnen ausländischer Herkunft werden von Neonazis attackiert und vom Alltagsrassismus der Skins in Schlips, Anzug und Kostüm in Firmen und städtischen Behörden, wie dem Sozialamt, dem Arbeitsamt, dem Schulamt, dem Ordnungsamt usw. Rassismus hat viele Erscheinungsformen: Wer abschieben kann, braucht nicht unbedingt einen Baseballschläger zur Befriedigung seines rassistischen Menschenbildes.

Wir wollen ein Bleiberecht für alle und offene Grenzen. Kein Mensch ist illegal!

dere Arbeitslose, alleinerziehende Frauen und MigrantInnen bleiben auf der Strecke, verelenden.

Wir wollen die Zerstörung der sozialen Sicherungen wie der Arbeitslosenversicherung, der Renten und der Gesundheitsversorgung stoppen.

Wir kandidieren für einen Zustand der Natur, der den Menschen nicht die Luft zum Atmen nimmt.

Wir wollen Natur in der Stadt. Natur ist ein Erlebnisraum. In städtischer Natur kann mensch spielen, sich erholen, genießen, Neugier entwickeln.

Bäume und andere Pflanzen filtern abgasbelastete Luft und mindern das Risiko, krank zu werden.

Stadtplanung und Verkehrspolitik haben für unser Wohlbefinden da zu sein, für gute Luft, sauberes Wasser und Boden; Parks und öffentliche Räume für alle; für Bewegung und Kommunikation; für schöne, bezahlbare Wohnungen, nicht für Auto- und Fluglärm und nicht für die ökonomischen Interessen von InvestorInnen, Konzernen und Banken.

3

Im Durchschnitt arbeiten Kölner MigrantInnen – sofern sie Arbeit haben – unter den miesesten sozialen und finanziellen Bedingungen. Sie müssen teuer für schlechte Wohnungen zahlen und leben an den lautesten Straßen, haben die schlechteste Gesundheitsversorgung und den schwersten Zugang zu Bildung. Man schikaniert sie mit rassistischen Sondergesetzen wie dem Ausländergesetz und dem Asylbewerberleistungsgesetz und pfercht sogar Flüchtlingskinder in Schiffskabinen und Sammel-lager ein. Migrantinnen und weibliche Flüchtlinge leiden am meisten unter sexistischen Repressionen.

Wir bekämpfen Parteien wie Pro Köln, Republikaner oder NPD, die ein faschistisches Menschenbild in Köln etablieren wollen, d. h. Menschen in minderwertig und höherwertig einteilen. **Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

Wir lassen auch künftig nicht zu, dass der deutsche Massenmord an JüdInnen, an OsteuropäerInnen, KommunistInnen, Schwulen

und Roma und Sinti im NS-Faschismus ge-
leugnet oder verharmlost wird. Auch nicht,
um neue deutsche Kriege mit einer verlogenen
Menschenrechtsbegründung zu rechtfertigen –
wie 1999 im NATO-Krieg gegen Jugoslawien.
Auch bei diesem ersten deutschen Krieg nach
1945 waren die Grünen an vorderster Stelle.
Sie haben Auschwitz relativiert (Kosovo =
Auschwitz). Seitdem haben sie in vielen
Teilen der Welt dem Einsatz deutscher
Truppen zugestimmt.

Linke emanzipatorische Kommunalpolitik bedeutet auch: Köln zu entmilitarisieren. Wir wollen keine KriegstreiberInnen, keinen Nationalismus, keine Rüstungsexporte, keine Soldatengottesdienste von Kardinal Meisner oder sonstwem, keine Militärmusikfestivals, keine Städtepartnerschaft mit dem Bundeswehr-Kriegsschiff »Köln«.

Wir verlangen, dass die Stadtregierung offen legt, wie Köln in EU- und NATO-Kriegsplanungen einbezogen ist; welche Rolle diese Stadt bei Kriegen unter deutscher Beteiligung spielen soll; welche Waffen hier lagern und wessen Truppen über die Bundeswehr-Kriegszentrale »Fliegerhorst Köln-Wahn« an welche Orte der Welt verschoben werden.

Wir kandidieren, weil wir vieles in dieser Stadt satt haben: Die Zerstörung von Natur und Gesundheit, Armut und Ausbeutung, Korruption, Rassismus und Antisemitismus.

Wir kandidieren gegen CDU, SPD, FDP – und müssen keinem unserer WählerInnen und mit uns sympathisierenden Menschen noch erzählen, warum.

Wir kandidieren gegen die antisoziale Kriegspartei Bündnis 90/Die Grünen. Sie sind längst eine Partei, die sich der Kapitallogik unterwirft, dem grenzenlosen Wachstum hinterherkriecht, Umwelttechnokratisches als Ökologie verkauft und sich zynisch gegenüber den Menschen und der Natur verhält.

Keine Partei hat seit Beginn der neunziger Jahre so enthemmt und skrupellos dazu beigetragen, dass die sozialen Sicherungssysteme zerschlagen werden wie die Grünen, und dass die Wohlhabenden und Reichen einen Steuervorteil nach dem ande-

Die Ökologische Linke fordert die freie politische und kulturelle Betätigung aller Menschen in dieser Stadt. Wir wollen ein allgemeines Wahlrecht für alle KölnerInnen.

Gegen die »Hochkultur« der Kölner Möchtegerns und der Schickeria setzen wir eine Kultur von unten, die sich mit der ganzen Breite des menschlichen Lebens auseinandersetzt, und die sich dabei frei entfalten kann. Kinder und Jugendliche sollen sich autonom, angstfrei und ohne Bevormundung begegnen können, egal, wo sie herkommen, ob sie arm oder reich, deutsch oder nicht-deutsch sind.

Wir wollen keine Polizeifestung Köln, sondern eine offene Stadt. Darin hat weder die geplante flächendeckende Videoüberwachung noch die »Säuberung« der Innenstädte von Obdachlosen und Armen und von als »auffällig« definierten Menschen einen Platz.

5

ren einkassieren und dass vor allem die Konzerne Extraprofiten bejubeln können.

Auch die Ökosteuer ist nichts als Lohnraub und das »Öko« im Wort eine Lüge. Tatsächlich ist die Ökosteuer eine zweite Mehrwertsteuer, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen belastet.

Die Grünen sind Verfechter der Privatisierung von städtischen Betrieben und Wohnungen. Höhere Preise, miesere Arbeitsbedingungen und schlechterer Service sind die Folge.

Die PDS ist gerade dabei, die Grünen rechts einzuholen. Die PDS heute steht auf dem Boden des Kapitals. Sie stimmt für Demokratiezerstörung und für Sozialabbau. Sie fördert Destruktivkräfte wie die Atom- und Gentechnik. Zumindest in der Ost-PDS gibt es subtilen bis offenen Rassismus, das führt in der Praxis auch zu Kontakten mit FaschistInnen. Für Deutschtümeleien ist sie jederzeit zu haben und wird beim nächsten Kriegseinsatz dabei sein, sofern sie dafür mitregieren darf.

6

Wir wollen keinen Stadtrat und keine Stadtregierung, die parteiübergreifend InvestorInnen in den Arsch kriechen und am kölschen Korruptions-Klüngel teilhaben.

Wir lassen uns nicht auf ein Gemeinwohl verpflichten, das nur ein anderes Wort für den Eigennutz der Herrschenden ist, für die, die weltweit Kriege führen; Schutzsuchende in Folter und Elend abschieben; als Chefs oder Amtsleiter auf den Menschen und ihren Nöten herumtrampeln.

Köln braucht eine linke kommunale Gegenmacht zur herrschenden Politik, parlamentarisch wie außerparlamentarisch. Unser Ziel ist, dass die Menschen ihre Interessen selbst in die Hand nehmen, dass sie selbst bestimmen, wie sie leben und arbeiten wollen.

Wählt wild und gefährlich!

Ökologische Linke Köln

Kontakt:

René Spreer
Holweider Str. 1
51065 Köln
0177-2006344

www.oekologische-linke.de

Wir finanzieren uns selbst und sind dringend auf (steuerabzugsfähige) Spenden angewiesen. Herzlichen Dank!

Spenden-Kontonummer:
194 44-601 (BLZ 500 100 60),
Postgiro Frankfurt/Main,
Stichwort »Köln«

7

Wählt wild und gefährlich



**Gegen
Verelendung
Entwertung
Vernichtung**

Eine Polemik von

Jutta Ditzfurth

**Autorin, Stadtverordnete in Frankfurt/M.
und den KandidatInnen**

**Mi. 22.9.2004
20 Uhr**

**Bürgerhaus Stollwerck
Köln Dreikönigenstr. 23
Raum 416**

Straßenbahn 6, 15, 16 zum Chlodwigplatz und von dort Bus 132 und 133 zur Severinskirche oder Straßenbahn 6, 15, 16 zum Ubierring



Ökologische Linke